

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 17 (1976)  
**Heft:** 18

**Artikel:** Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918-1948 4. Die Nationalitätenfrage  
**Autor:** Revesz, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094721>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Gedenkstein in der Potsdamer Chaussee

am Autobahnverteiler «Kleeblatt» der Berliner AVUS

*Den russischen Offizieren und Soldaten, die sterben mussten, weil sie sich weigerten, auf die Freiheitskämpfer des 17. Juni zu schießen.*

Diese Bildpostkarte ist immer aktuell! Erhältlich gegen Voreinsendung des Betrages von DM —,20 pro Stück (6 Stück DM 1,—) in deutschen Briefmarken, Postgutscheinen oder auf Postcheckkonto «Russland und wir», Frankfurt/M. 208 206 - 604, «Russland und wir»-Verlag, D-6380 Bad Homburg.

Mit den Fehlschlüssen der Préverenges-Kommunarden setzt sich Rosental geduldig-nachsichtig auseinander: Sie finden, die Kommunisten sagten in Theorie zwar Richtiges, liessen sich in Praxis aber doch wieder Rollen vorschreiben von Organisationen. D. h. «sie lehnen nicht nur die Rollen ab, die das Kapital der Persönlichkeit vorschreibt, sondern auch jene Rollen, die (...) der Sozialismus bestimmt» (S. 220). Wie kann man bloss... Sie sind «für den Sturz des Kapitalismus, aber gegen die ernsthafte Vorbereitung dazu»; das kommt daher, dass sie «ehrlich überzeugt sind, die Persönlichkeit habe gegenüber dem Kollektiv Priorität». Das wiederum kommt daher, dass ihnen «jedes theoretische Gepäck fehlt, ein eigener Massstab sozialer Werte»: kein Wunder, haben sie doch nur aus Herbert Marcuse, Charles Reich, Cohn-Bendit, Jerry Rubin und Mao ein Mischmasch über «eindimensionale Arbeiterklasse» und den «marginalen Intellektuellen» zusammen«gepickt».

### Oder sind die Kommunen am Ende gar ein Ablenkungsmanöver der kapitalistischen Monopole?

Vor dieser Art Protest haben die Monopole keine Angst; im Gegenteil: «sie fangen, von ihrer Klassenintuition geleitet, die leisesten Nuancen in der Stimmung der Jugend ein und interpretieren sie auf bestimmte Art und Weise, wandeln sie in künstliche Bedürfnisse um, deren Befriedigung das Gefühl des Nichtbefriedigtseins der jungen Menschen kompensiert» (S. 222).

Namentlich Reich mit seiner Sex-Befreiungstheorie werde von allen Massenmedien an den Mann gebracht. «Es wäre vom Gesichtspunkt des Kapitals einfach eine Klassensünde, solche Konzepte nicht auszunutzen, die von den sozialen Problemen ablenken, die die Unzufriedenheit der Jugend in die Spur des Kampfes für

Befreiung von Sex-Tabus lockt und einen solchen Kampf mit der echten Revolution gleichsetzt» (ebenda).

Erfreulicherweise für Rosental «interessiert sich ein Teil der westlichen Jugend lebhaft für die marxistische Theorie»; nur hapere es da mit dem freien Markt: er versuche der Jugend das Quellenmaterial vorzuenthalten! Unterschiebe ihr Marx-Interpretationen! So einen J.-F. Revel, der die «Ideologie des 19. Jahrhunderts» in den Dreck ziehe. Geschwätz, das man gerade bei einem Pfeifchen Marihuana in der Kommune diskutieren könne...

### Dabei wäre alles so einfach: im Anschluss an das Sowjetmodell

«In den Kommunen beschimpfen sie den Kapitalismus tatsächlich verzweifelt. Bloss macht das dem Kapitalismus keine Angst. (...) Der organisierten Herrschaft des Kapitals macht nicht irrationales Geschwätz Angst, sondern die organisierte Kraft der Arbeiterklasse und aller Werktätigen» (S. 223).

Momo, der sozialistische Held, «hat seine Barrikade gefunden, und solche, wie er einer ist, werden immer mehr. Die Lebenserfahrung (? — V. T.) tut das Ihre. Viele ehemalige Mitglieder von Jugendkommunen sind sich bewusst geworden, dass man das Glück nicht auf öden Inseln des Stillen Ozeans und nicht im Marihuana-Rauch suchen muss, sondern im pulsierenden Leben selbst, im realen Kampf auf seiten des Proletariats und seiner Verbündeten» (ebenda).

Meine Generation hat es in Russland von Anfang an miterlebt. Sinn und Ziel: allein in der rosigen Zukunft des Kollektivs; wer das nicht einseh, wird umerzogen, und wenn Millionen dabei krepieren.

Als ob es nicht den schöpfungskonformen Lebenssinn gäbe. ■

Ich kenne mehrere Vertreter der freien Berufe in der Schweiz, die indessen keinem der mythologischen Monopole verpflichtet sind, sondern ihrem Gewissen, und die in ihrem Dienst gerade jenen «verlorenen» Sinn besitzen!

### ... statt rezeptierte Antwort darauf

Rosental kritisiert die Kommunarden und ihr Streben nach schöpferischer Betätigung (Musik, Malerei usw.) als Flucht in den Antiintellektualismus: statt dass sie gegen den Antiintellektualismus des bürgerlichen Lebens kämpfen würden! Aber eben — «der Kommunenbewegung fehlt es an Radikalismus: sie verlangt nicht die Liquidierung der (jenem) zugrunde liegenden Ursachen» (S. 217). Ebenso, wie der «anarchistische Sturm auf die bourgeoise Gesellschaft» Ende der sechziger Jahre ein Schlag ins Wasser war, «weil er von der Arbeiter-Massenbewegung isoliert war», sind die Kommunen ein utopischer Versuch ohne «klares Ziel».

Eine Kommune in Préverenges bei Lausanne dient Rosental zur Illustration. Sein positiver Held ist der junge Arbeiter «Momo», der eine Zeitlang zur Wohngemeinschaft gehörte, aber als unverbildeter Prolet die Künstlichkeit der Probleme durchschaut, mit denen sich seine bourgeoisen Mitkommunarden abquälen. Da marschiert er hinaus — und «Ende 1974 nahm ich am Gründungskongress der Jungkommunisten der Schweiz teil» (S. 219).

## Innenpolitische Entwicklungen in Osteuropa 1918 – 1948

# Die Nationalitätenfrage

## Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

4

**Der Chauvinismus der osteuropäischen Siegerstaaten des Ersten Weltkrieges machte ihnen die Nationalitätenfrage zum unlösbaren Problem. Der Versuch, sie mit polizeilichen Methoden, mit Gewalt oder List zu meistern, war zum Scheitern verurteilt, und die Garantien des Völkerbundes zum Schutz der nationalen Minderheiten erwiesen sich als illusorisch.**

An Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und Volksgruppen war ohnehin nicht gedacht. Die einzelnen Staaten weigerten sich, innerhalb ihrer neuen Grenzen verschiedene Nationalitäten als Rechtssubjekte anzuerkennen, obwohl das gerade dem entsprechen hätte, was sie selber zuvor von den früheren Machthabern verlangt hatten.

### Minderheitenschutz: Wer garantiert die Garantien?

Als Ersatz dafür gab es wenigstens in der Theorie immerhin ein Minderheitenschutzrecht, das den neuen Staaten durch die Pariser Vertragsmächte vorgeschrieben war (den baltischen Staa-

ten gegenüber begnügte man sich mit einer Minderheitsdeklaration). Die Schutzbestimmungen wurden formell durch Verträge zwischen den neuen Staaten und den Alliierten festgelegt. Und weil der Völkerbund als Garant auftrat, handelte es sich zugleich auch um Verpflichtungen ihm gegenüber.

Materiell ging es dabei vor allem um folgende Punkte:

1. Schutz von Leben und Freiheit; Recht auf freie Religionsausübung für jeden Staatsbürger.
2. Automatischer Erwerb der Staatsbürgerschaft

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 3)

für alle Angehörigen der nationalen Minderheiten.

3. Gleichheit vor dem Gesetz in der Ausübung aller bürgerlichen Rechte und im Gebrauch der Landessprachen.

4. Versammlungsfreiheit.

5. Verpflichtung des Staates, den Primarschulunterricht überall dort in der Muttersprache zu gewährleisten, wo die Minderheit einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung ausmachte.

Nur betrachteten die betreffenden osteuropäischen Staaten diese Verpflichtungen als Ermessenssache und kümmerten sich immer weniger um ihre Verbindlichkeit.<sup>1</sup> Es gab auch kein Verfahren, das ihre Einhaltung international erzwingen hätte. Wohl konnte jedermann beim Völkerbund Klage einreichen, aber derlei galt als Petition oder Benachrichtigung, die den Rat nicht zum Handeln verpflichtete. Der Völkerbund seinerseits behandelte Fragen des Minderheitenschutzes ausschliesslich als politisches und nicht als juristisches Problem; mit einem Rechtsanspruch allein kam man bei ihm nicht durch.

1934 unterbreitete Polen dem Völkerbund einen Resolutionsentwurf zu einem einheitlichen und allgemeinen System des Minoritätenschutzes. Gleichzeitig stellte es seine Mitarbeit auf dem Gebiete des bestehenden Nationalitätenschutzes beim Völkerbund ein, was praktisch der Kündigung des Vertrages von 1919 gleichkam. Auch Rumänien tat wenig für seine Minderheiten, während in der Tschechoslowakei und in Jugo-

slawien sogar staatsbildende Nationen diskriminiert wurden, hier die Slowaken, dort die Kroaten und Slowenen. Belgrad hatte durch eine zentralistische Verfassung 1921 eine serbische Hegemonie begründet, und auch das Grundgesetz von König Alexander 1931 löste die Nationalitätenfrage nur angeblich. Als es 1938 zur Bildung eines autonomen Kroatiens kam, war es schon zu spät; die hitlerische «Protektion» warf ihre Schatten voraus.<sup>2</sup>

Die neuen Staaten verwendeten viel Energie darauf, zusätzliche Territorien zu erhalten, gaben sich aber wenig Mühe, deren Bevölkerung mit ihrer staatlichen Zugehörigkeit zu versöhnen.

**Polen: Die Ukrainer unterordnen und die Deutschen aussiedeln**

In Polen war das Verhältnis zu den Minderheiten schon zeitlich unterschiedlich. Die Spannungen mit den Ukrainern und Weissrussen waren besonders in den zwanziger Jahren akut, als sie durch die bolschewistische Propaganda und die polnische KP geschürt wurden. Die Lage beruhigte sich denn auch vielsagenderweise nach 1930, als die betreffenden Volksgruppen realisierten, dass die Sowjets die Angehörigen der gleichen Minderheiten auf ihrer Seite der Grenze liquidierten; überdies dämpfte der polnisch-sowjetische Nichtangriffspakt von 1932 die Hoffnungen auf revolutionäre Hilfe.<sup>3</sup>

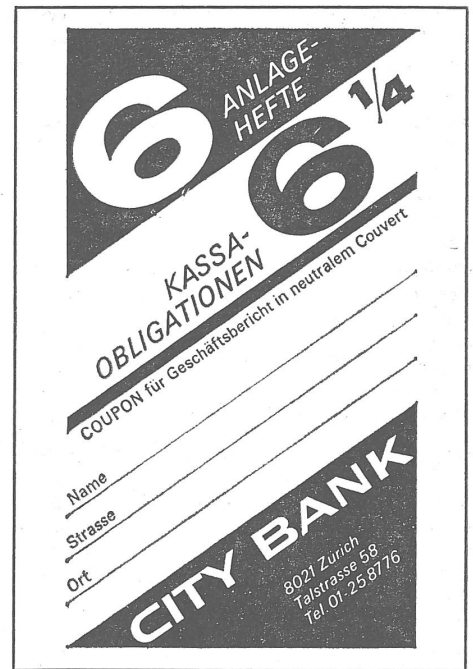
Zwischen den polnischen Linksparteien und den ethnischen Minderheiten gab es in den zwanziger Jahren eine Zusammenarbeit hinsichtlich Gewährleistung von Autonomie für Deutsche, Ukrainer und Weissrussen. So kam es, dass diese Minoritäten den ratenweisen Staatsstreich von Pilsudski 1926/1927 und dann vorübergehend ihn selbst unterstützten. Er dankte es ihnen nicht.

Die weissrussische antipolnische Hramada-Partei mit 100 000 Mitgliedern wurde 1928 von Warschau aus zerschlagen, und die Ukrainische Arbeiter- und Bauernvereinigung (Sel-Rob) stellte 1930 selber ihre Tätigkeit ein. Hingegen kämpfte die Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) in einem regelrechten Guerillakrieg weiter, bis Pilsudski im September 1930 seine drastische «Pazifikation» durchführte (was vom Völkerbund 1932 gutgeheissen werden sollte). Der Vorgang war von Massenverhaftungen begleitet; allein 1930 wurden 1739 Ukrainer festgenommen. Den ukrainischen Pfadfinderbund löste man 1930 auf; seine Mitglieder flüchteten nach Prag. Die ukrainische Presse durfte die Reden der eigenen Sejmabgeordneten nicht veröffentlichen.<sup>4</sup>

Die kulturelle «Entnationalisierungspolitik» fand ihre grösste Schärfe vielleicht gegenüber den Litauern und den Weissrussen, besonders nach 1936. Privatschulen und wissenschaftlich-kulturelle Institutionen mussten verschwinden. Von 1935 an führte man auch die polnische Sprache in die orthodoxe Kirche der Weissrussen ein, wofür die Bildung der «Organisation Orthodoxer Polen» 1937 ein nachträgliches Alibi abgab.

Die Gründung von polnischen Militärsiedlungen in den östlichen Minderheitengebieten<sup>5</sup> machte die Stimmung auch nicht besser. Dazu wurde hohen polnischen Offizieren in ukrainischen und weissrussischen Gebieten Land zugeteilt, so u. a. Pilsudski.<sup>6</sup>

Nach Inkrafttreten des Bildungsgesetzes von 1924 duldeten man in den ukrainischen Gebieten



nur noch zweisprachige Schulen<sup>7</sup>, und das Verwaltungsgesetz vom März 1933 machte das Polnische zur alleinigen Amtssprache.<sup>8</sup>

Den Deutschen gegenüber wandte Warschau eine andere Taktik an: Man versuchte sie zur Auswanderung zu bewegen und ihr Vermögen zu «polonisieren», wie man damals sagte.<sup>9</sup> Beschwerden an den Völkerbundsrat bezüglich Eigentumsfragen (auch im Zusammenhang mit der Landreform) blieben unerledigt.<sup>10</sup>

Verschärft wurde die nationale Frage durch die Behandlung der Minderheitenkirchen. Der römisch-katholischen Kirche war durch die Verfassung eine führende Rolle zugesichert. Bis 1930 enthielt sich Warschau grober Eingriffe in die orthodoxe Kirche, förderte aber dann vor allem intensiv den katholischerseits unterstützten Konversionsfeldzug der Unierten. 1938 zwang das sogenannte Aeussere Statut der ganzen orthodoxen Kirchen das Polnische als Kirchensprache auf. Gegenüber den Protestanten fiel die «Polonisierung» um so leichter, als sie in sieben getrennte Kirchen aufgeteilt waren. Unter ihnen hatten nur die Lutheraner eine juristische Regelung ihrer Beziehungen zum Staat; gegen weitere Anerkennungen wehrte sich die römisch-katholische Kirche erfolgreich.

So entstand ein Kirchenkampf, in dem auch nationale und staatspolitische Momente mitspielten. Der Protestantismus in Polen verlor (auch durch die deutsche Auswanderung) zwischen 1918 und 1939 etwa 900 000 Angehörige; von den Konversionen profitierte vornehmlich die römisch-katholische Kirche. Im Unterschied zu den übrigen osteuropäischen Staaten hatte in Polen die Regierung auch Kompetenzen gegenüber der jüdischen Religionsgemeinschaft, so das Recht auf Ernennung von Mitgliedern des Obersten Rates und der Gemeinderäte des Jüdisch-Religiösen Verbandes.<sup>11</sup>

**CSR: Zweitrangige Slowakei und drittrangige Minoritäten**

In der Tschechoslowakei kam zum «normalen» Minderheitenproblem hinzu, dass die staatsbil-

**euro  
päische  
idee**

Herausgeber:  
Andreas W. Mytze

1000 Berlin 37  
(Zehlendorf)  
Mühlenstrasse 17 b  
Telefon (030) 811 18 52

Berliner Commerzbank  
650959001

---

**Sozialismus  
und/oder  
Freiheit**

Beiträge von W. Brandt, K. Schütz, H. Kohl, Havemann, Laub, Schroers, Drewitz, Wirpsza, Skvorecky, Filip, Reinfrank, Szende, Eggebrecht, Schütt, Kratochvil, H. Brandt, Stajner, Häsler, Pachman, Böll, Biedenkopf, Svitak, Scheuch, Lummer, Kantorowicz, Flechtheim, W. Leonhard u. v. a.

Ca. 100 Seiten, DM 10,-.

---

**Robert Havemann  
Berliner Schriften**

Ueber Antikommunismus, Bürgerkrieg oder Wiedervereinigung in Deutschland, Zensur und Medien in der DDR, Zahlreiche Gespräche (auch mit Wolf Biermann) anlässlich des 9. SED-Parteitag und der jüngsten KP-Konferenz in Ostberlin u. a. Brief an Ernst Bloch, Antwort an Richard Löwenthal. Originalbeitrag zur Frage: Sozialismus und/oder Freiheit?

Ca. 100 Seiten, DM 10,-.

---

Verlag europäische idee  
1 Berlin 37, Postfach 246

dende Nation der Slowaken gegenüber den Tschechen sowohl politisch-kulturell als auch wirtschaftlich benachteiligt war.

In den slowakischen Autonomieforderungen sah Masaryk die Gefahr des Separatismus: «Wir können den Slowaken keine Autonomie gewähren, weil sie sich von uns lösen und Anschluss an Ungarn suchen würden», sagte er 1930.<sup>12</sup> Die Slowaken ihrerseits hatten durch dramatisierende Vergleiche allerdings Anlass zu solchen Ueberlegungen gegeben. 1924 erklärte ihr Abgeordneter Florian Tomanek vor dem Prager Parlament: «Ich kann aufrichtig und mit gutem Gewissen sagen, dass wir unter der magyarischen Herrschaft bei weitem nicht so unterdrückt wurden wie heute. (...) Unsere Gefängnisse sind voll von slowakischen Bauern und Arbeitern.»<sup>13</sup>

Viele Slowaken verliessen ihr Land wegen seiner wirtschaftlichen Vernachlässigung und wurden durch Tschechen ersetzt. Im slowakischen Memorandum von 1922 hiess es, die Tschechen hätten 50 000 Slowaken zur Auswanderung gezwungen.<sup>14</sup> Slowakische Aemter und Institutionen wurden von Tschechen geleitet. In den Schulen war die Lehrerschaft teilweise und die Administration vorwiegend tschechisch.<sup>15</sup> Laut Prager Statistiken gelangten zwischen 1921 und 1930 über 170 000 Tschechen als Beamte oder Siedler in die Slowakei.<sup>16</sup>

Für die «Gleichberechtigung» der Tschechen und Slowaken sind folgende Zahlen charakteristisch: 1938 gab es im Prager Aussenministerium 1213 tschechische und 33 slowakische Angestellte; im diplomatischen Dienst standen 777 Tschechen 14 Slowaken gegenüber. Von den rund 13 000 Offizieren der Armee waren nur 420 slowakischer Nationalität; unter den 140 Generälen gab es einen Slowaken, dafür aber drei russische Emigranten; bei den 433 Obersten fehlten die Slowaken ganz, neben den 424 Tschechen waren

acht Deutsche und ein emigrierter Russe zu finden.<sup>17</sup>

Noch krasser war das Missverhältnis bei den Karpatoukrainern, die an sich ebenfalls als staatsbildende Nation anerkannt wurden. So bestand 1928 die Beamtenschaft zu 95 Prozent aus Tschechen, die auch höhere Gehälter bezogen als die einheimischen Ruthenen.<sup>18</sup>

Unter den nichtslawischen Minderheiten kamen die Ungarn noch schlechter weg als die Deutschen, die zahlenmässig und wirtschaftlich stärker waren; dazu kam ihre Stütze in Deutschland, auf die man in Prag zunehmend Rücksicht zu nehmen hatte.

Die Bodenreform hatte einen minderheitenfeindlichen Charakter, weil sie mit einer Aktion zur Ansiedlung tschechischer Bauern in den Randgebieten verbunden war. In der neunköpfigen Reformkommission hatten die Deutschen einen Sitz, die Magyaren keinen.<sup>19</sup> Das Bodenreformgesetz von 1919 ermöglichte in Artikel 9 die entschädigungslose Beschlagnahme von Immobilien deutscher oder ungarischer Offiziere und Beamter. Das folgende Gesetz von 1920 nannte in Artikel 1 als natürliche Personen mit Anspruch auf Bodenzuteilung Legionäre und Angehörige der tschechoslowakischen Streitkräfte sowie Hinterbliebene von Gefallenen oder im Kriegsdienst Verstorbenen.<sup>20</sup> Nach welchen Kriterien man tatsächlich vorging, ergibt sich aus einem Vortrag, den Landwirtschaftsminister Hodza am 22. 1. 1924 hielt: «Csalloköz (ein rein ungarisches Gebiet in der Südslowakei) muss in die Hände zuverlässiger Bauern kommen. Auf dem beschlagnahmten Grundbesitz sind Slowaken und Tschechen anzusiedeln; gibt es an Ort und Stelle nicht genügend Bewerber, sind unsere Ausländerückkehrer zu berücksichtigen.»<sup>21</sup> Man ging nicht weiter auf die Forderung der ungarischen Parteien ein, einen Prioritätsanspruch für die Einheimischen anzuerkennen.<sup>22</sup>

Wie gesagt, hatte der Versailler Friedensvertrag und der entsprechende Minderheitenschutzvertrag den automatischen Erwerb der Staatsbürgerschaft für alle Angehörigen der Nationalitäten vorgesehen. Aber Prag reduzierte mit dem Gesetz Nr. 236/1920 die Anwendung dieses Prinzips auf Personen, die bereits am 1. 1. 1910 das spätere Gebiet der CSR bewohnten. Allein aufgrund dieses Gesetzes wurden 180 000 Ungarn staatenlos.<sup>23</sup>

Auch die sprachlichen Schutzbestimmungen wurden frei interpretiert, und zwar durch die sogenannte «zwanzigprozentige Demokratie». Artikel 129 der Staatsverfassung von 1920 und das Ausführungsgesetz Nr. 122/1920 machten alle sprachlichen Rechte der Nationalitäten davon abhängig, dass eine Nationalität in einer territorialen Verwaltungseinheit mindestens 20 Prozent der Bevölkerung umfasste. (Gleichzeitig sorgte man in der Slowakei durch die Bildung von «Grosskomitaten» dafür, dass das nicht zu häufig der Fall war.) Ungarischen Eltern war es verboten, ihre Kinder in einem andern Bezirk unterrichten zu lassen, wo die Quote eine ungarische Schule zulies.<sup>24</sup> Im übrigen wurde nicht einmal die «zwanzigprozentige Demokratie» restlos eingehalten.

Zweisprachige Ortstafeln erlaubte man erst 1938, kurz vor dem Zusammenbruch der CSR<sup>25</sup>, und Schilder in ungarischer Sprache blieben überhaupt verboten.<sup>26</sup> An Versammlungen war der Gebrauch der ungarischen Sprache überall dort untersagt, wo der magyarische Bevölkerungsanteil unter den 20 Prozent blieb.<sup>27</sup>

Direkte politische Diskriminierung gab es durch die unterschiedliche Grösse der Wahlkreise. Für ein Abgeordnetenmandat brauchte es in Prag 19 464 Stimmen, im ungarischen Nove Zamsky aber 27 915 Stimmen. Zur Aufstellung von Kandidaten waren in der Slowakei 1000 Unterschriften nötig, in Böhmen/Mähren dagegen nur 100.<sup>28</sup>

Es war in ZB, Nr. 16/1976 schon davon die Rede, wie sich der Nationalsozialismus dann der minderheitlichen Ressentiments bemächtigte. Die Wünsche der auslandgestützten Sudetendeutschenpartei gaben Hitler das Alibi zu seinem Protektorat Böhmen und Mähren, während in der Slowakei die autonomistische bis separatistische Volkspartei Hlinkas im März 1939 schliesslich zur Bildung des «unabhängigen» slowakischen Staates von Hitlers Gnaden führte. (Dort tat sich übrigens Gustav Husak als Nazi-Kollaborateur hervor; siehe ZB, Nr. 9/1976; Red.)

Auf den Schulterchluss der Slowaken mit dem Nationalsozialismus reagierte man innerhalb der magyarischen Minderheit (nicht anders als auch in Rumänien und Jugoslawien) mit einer Oeffnung zu den Kommunisten. Diese hatten sich in Osteuropa (wie in Russland vor der Machtergreifung; danach wurde es anders) für die nationalen Minderheiten eingesetzt. Sie forderten Selbstbestimmung und die Abtrennung ethnisch fremder Gebiete.

Bei aller sonstiger Verschiedenheit zwischen der tschechoslowakischen Republik und der rumänischen Monarchie bestanden Aehnlichkeiten in der Behandlung der ethnischen Minoritäten. Fürs erste wurden okkupierte Territorien sofort staatlich eingegliedert, um den Friedensverträgen mit einem *Fait accompli* zuvorzukommen.

(Fortsetzung auf Seite 6)

## KONSERVATISMUS AUS ERSTER HAND



«student» macht den Anfang. 1968. Die erste grosse konservative Zeitschrift der sechziger Jahre. Engagiert. Dynamisch. Konstruktiv. Mit Hintergrundberichten und Analysen führender Publizisten. Mit Hochschulnachrichten aus dem In- und Ausland. Mit umfangreichen Filmkritiken und Buchbesprechungen. In bisher mehr als 2,5 Millionen Exemplaren. «student»: Konservatismus aus erster Hand.

(Probeexemplare: «student»-Versand Eugen Grau, D-7000 Stuttgart 60, Fellbacherstrasse 24)

## Rumänien: Vom Kirchenkampf zum Kulturkampf gegen die Ungarn

Wie in der CSR wurde einem Teil der magyarischen Minderheit die Staatsbürgerschaft vorenthalten. Nach der Besetzung Siebenbürgens kam es zur Auswanderung oder Ausweisung von mindestens 197 000 Personen, und zwischen 1922 und 1939 wurde weitere 28 000 Ungarn zur Emigration veranlasst.<sup>29</sup>

Die kulturelle Benachteiligung der Minderheiten hing mit der schon erwähnten (ZB, Nr. 17/1976) verfassungsrechtlichen Bevorzugung zweier Kirchen zusammen, die sozusagen als Landeskirchen anerkannt waren: die rumänisch-orthodoxe Kirche einerseits und die uniernte Kirche (im Grundgesetz als «griechisch-katholische Kirche» bezeichnet) andererseits. Diese wurde vom Kultusgesetz 1928 als selbständige Konfession definiert und nicht wie anderswo als besonderer Ritus der katholischen Kirche.<sup>30</sup>

Der Staat tat alles, um den Uebertritt in die beiden Kirchen mit rumänischem Nationalcharakter zu erleichtern, und viele seiner Beamten taten ihr Möglichstes, um ihn den Gläubigen anderer Konfessionen nahezu legen. Gegenüber den ungarischen Katholiken nahm der Druck die Ausmasse einer Kirchenverfolgung an, die sich in der Ausweisung oder Festnahme von Priestern äusserte. Dieser Vorgang war mit einem Frontalangriff auf die ungarischen Schulen verbunden, die zwischen 1919 und 1924 einen Grossteil ihrer Zöglinge verloren: von 60,8 Prozent bei den Volksschulen bis zu 90 Prozent bei den Handelsschulen.<sup>31</sup>

Weitere Nationalitätenpolitik machte man via Bodenreform. Im rumänischen Stammland, im Regat, wurde der enteignete Boden ausschliesslich Rumänen zugeteilt, und trotzdem erhielten sie auch in den übrigen Regionen den Löwenanteil: 73,4 Prozent in Siebenbürgen, 73,5 Prozent in Bessarabien und 63,8 Prozent in der Bukowina. Die Enteigneten wiederum waren hauptsächlich Magyaren. Man entschädigte sie mit Staatsobligationen, die erst von 1934 an zur Auslosung kamen.<sup>32</sup>

In allen ethnisch fremden Gebieten wurden rumänische Siedlungen gegründet. Dafür verliessen viele Magyaren ihre wirtschaftlich vernachlässigten Herkunftsorte und wanderten ins Regat ab. Bukarest wurde in den dreissiger Jahren zur zweitgrössten ungarischen Stadt der Welt.

In der Süddobrukscha schloss man praktisch alle bulgarischen Schulen, Lesesäle und sonstigen Kulturstätten (in grösseren Städten verblieben insgesamt vier bulgarische Privatschulen). Der Staat richtete in den betreffenden Räumlichkeiten rumänische Schulen ein, sogar in Ortschaften, wo kein einziges rumänisches Kind zu finden war.<sup>33</sup> (Schluss folgt)

### Anmerkungen

<sup>1</sup> «Das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Osteuropa und China», herausgegeben von Boris Meissner, Köln 1968.

<sup>2</sup> Studien von Alexander Uschakow, Lothar Schultz und Anton Lipowtschek im oben angeführten Werk.

<sup>3</sup> Stanislaw Mackiewicz: «Geschichte Polens vom 11. November 1918 bis 17. September 1939», Marburg/Lahn 1956, S. 140—150.

<sup>4</sup> Emil Revyuk: «Polish Atrocities in Ukraine», New York 1931.

<sup>5</sup> Henryk Zielinski: «Historia Polski 1864—1939», Warschau 1969, S. 156.

<sup>6</sup> Mackiewicz, S. 297/298.

<sup>7</sup> Zielinski, S. 156.

<sup>8</sup> Antony Polonsky: «Politics in independent Poland 1921—1939», Oxford 1972, S. 373.

<sup>9</sup> Zielinski, S. 158—159.

<sup>10</sup> Carl Georg Bruns: «Grundlagen und Entwicklung des internationalen Minderheitenrechts», Berlin 1929, S. 36/37.

<sup>11</sup> «Polen», herausgegeben von Werner Markert, Köln-Graz 1959, S. 103—107.

<sup>12</sup> Ferenc Jehlicka: «A revizio es a szlovakok», Budapest 1933, S. 16.

<sup>13</sup> «Magyar Kisebbség», Lugos, Nr. 21/1924, S. 852.

<sup>14</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 20/1924, S. 814.

<sup>15</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 20/1924, S. 812.

<sup>16</sup> Karl Vietz: «Verrat an Europa», Berlin-Leipzig 1938, S. 39.

<sup>17</sup> Frantisek Vnuk: «Die Volkspartei Hlinkas in der slowakischen Politik» in «Slowakei», Köln, Nr. 1 bis 2/1967, S. 75.

<sup>18</sup> «Istorija Tschechoslowakii», Moskau 1960, Bd. III, S. 169 und 208.

<sup>19</sup> Edmund Tarjan: «Der Anteil der ungarischen

Minderheit an der tschechoslowakischen Demokratie», Prag 1930, S. 34.

<sup>20</sup> «Beschwerden der deutschen Grundbesitzer in der Tschechoslowakischen Republik», Prag 1922, S. 10 und 13 ff.

<sup>21</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 5/1924, S. 224.

<sup>22</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 5/1924, S. 225.

<sup>23</sup> Lajos Suranyi: «A dunai depek tragediaja es Csehszlovakia», Miskolc 1929, S. 17—18.

<sup>24</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 13/1923, S. 487—490.

<sup>25</sup> «Uj szo», Bratislava, 27. 10. 1968, S. 3.

<sup>26</sup> «The Hungarian Minorities in the Succession States», Budapest 1927, S. 42.

<sup>27</sup> «Magyar Kisebbség», Nr. 14/1923, S. 530—531.

<sup>28</sup> Tarjan, S. 8—10.

<sup>29</sup> Endre Jonas: «Trianon — a European Problem», Zürich 1960, S. 65.

<sup>30</sup> Gabor Salacz: «A magyar katolikus egyhas a szomszedos allamok uralma alatt» (Die ungarische katholische Kirche unter der Herrschaft der Nachbarstaaten), München 1975, S. 9—54.

<sup>31</sup> «The Hungarian Minorities», S. 17.

<sup>32</sup> Emerich Lukinich: «Die siebenbürgische Frage», Budapest 1940, S. 322—325.

<sup>33</sup> G. P. Genoff: «Das Schicksal Bulgariens», Berlin 1940, S. 81—82.

## China entlang seiner Nordgrenze

2

# Mongolischer Aufmarsch

## Fortsetzung des Reiseberichtes von Botho Kirsch

Wir fahren mit dem Vorabdruck aus dem Buche von Botho Kirsch fort, der zu Beginn dieses Jahres in China insbesondere die Innere Mongolei und Sinkiang besucht hat, wohin man nur selten Ausländer hineinlässt. Während die Sowjets die Mongolische Volksrepublik (Aeusserer Mongolei) zu einem militärischen Aufmarschgebiet für eine Eventual-offensive Richtung Peking gemacht haben, lässt sich die chinesische Innere Mongolei nur schwer verteidigen. Kirsch hat die dortigen Anstrengungen zur Vorbereitung der Defensive angesehen.

Irgendwo hinter der Grossen Mauer liegt das Hauptquartier der sechsten Panzerdivision. Wir sind auf einer gut asphaltierten Strasse von Peking aus etwa achtzig Kilometer in nördlicher Richtung gefahren. Schon von weitem hoben sich die langgestreckten Unterkünfte der Truppe aus dem Morgendunst. Bei Temperaturen um Null Grad und leichtem Nieselregen hatten die Besatzungen von acht mittelschweren Tanks vom Typ T 59 eine Stunde lang in Paradeaufstellung auf die Ankunft der deutschen Gäste gewartet. Als wir aus unseren gut geheizten Autos stiegen, brach ein ohrenbetäubender Lärm aus Gongs und Trommeln aus, zu dem die Soldaten rhythmisch in die Hände klatschten.

### Panzerdivision als bessere Guerillatruppe?

Dann trat die Kompanie zum Uebungsangriff an. Offiziere und Manöverbeobachter sassen, in dicke Militärmäntel gehüllt und reichlich mit heissem Tee versorgt, auf einer offenen Tribüne. Aus einer Lautsprecheranlage tönten, in chinesisches und deutsch, die notwendigen Erläuterungen. Eine leichte Schneedecke lag über dem Gelände. Die Vorführung begann mit Schnellfahren und Schneldrehen. Es folgte ein Hindernislauf durch schweres Gelände. Eine simulierte Panzerattacke mit Scharfschiessen beendete die Uebung.

Der erste Eindruck blieb: Dies ist eine hochent-

wickelte Guerillakriegstruppe, die sich zu einem hohen Prozentsatz aus Bauern rekrutiert. Körperlich gestählt, diszipliniert, anspruchlos — aber bar jeder Vorstellung von den hochentwickelten Waffensystemen des elektronischen Zeitalters. Ein leichter Gegner, Kanonenfutter in einem modernen technologischen Krieg? Vor Fehlschlüssen sei gewarnt.

Chinas Kriegsbild ist im wesentlichen ein Bürgerkriegsbild. Es orientiert sich an der von Mao in seiner Schrift über den «Langandauernden Krieg» schon 1938 entwickelten Guerillakriegsstrategie. Seine taktischen Regeln haben sich im vietnamesischen Dschungel tausendfach bewährt und sogar eine Weltmacht wie die USA zum Rückzug gezwungen. Sie lauten: «Rückt der Feind vor, ziehen wir uns zurück; macht er halt, umschwärmen wir ihn; ist er ermattet, schlagen wir zu; weicht er, verfolgen wir ihn.»

Auf dem Bahnhofsvorplatz von Huehot sah ich ein sechs Meter hohes Propagandaplakat, das eine ganze Wand bedeckte. Auf ihm stürmten Kämpfer der Volksarmee gegen den Feind. Gefahr oder Trauma — Propaganda oder Wirklichkeit?

### Gegen das sowjetische Angriffspotential ...

Nach Berechnungen des Strategischen Instituts in London steht heute jeder vierte Sowjetsoldat im Fernen Osten auf Wacht gegen China — fünfzig hochgerüstete Divisionen. In ständigen